

# Aus den Kantonen und Gemeinden

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **89 (1992)**

Heft 7

PDF erstellt am: **05.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die unterstützenden Gemeinwesen im Rahmen neuer ZUG-Meldungen ab dem 1. Juli dem dann geltenden Recht zu entsprechen haben. Folglich wird bei unterstützten Ehepaaren, die zusammenleben, auf die Wohnsitzdauer desjenigen Teils abzustellen sein, der bereits länger im unterstützenden Kanton lebt. SKöF

---

## AUS DEN KANTONEN UND GEMEINDEN

---

### Der gesellschaftliche und soziale Wandel erfasst Landgemeinden

#### Ein Vierteljahrhundert Thurgauer Konferenz der öffentlichen Fürsorge

*«Beratung und Betreuung nehmen heute in der Sozialhilfe einen ebenso wichtigen Platz ein wie die materielle Unterstützung», unterstrich Regierungsrat Dr. Philipp Stähelin anlässlich der 25. Jubiläums-Jahreskonferenz der öffentlichen Fürsorge in Arbon. Nebst den ordentlichen Konferenzgeschäften nahm Andrea Ferroni, Präsident der Schweizerischen Konferenz der öffentlichen Fürsorge, Stellung zur Frage, ob die heutigen Fürsorge-Strukturen noch genügen, um den vielfältigen Herausforderungen im Sozialwesen gerecht zu werden.*

Von Werner Lenzin

Gemeindeammann Dr. Christoph Tobler stellte in seiner Begrüssung fest, dass auch er vermehrt konfrontiert werde mit den steigenden Fürsorgekosten, insbesondere im Zusammenhang mit Drogenfällen. Für Tobler, der Jugendberatungsstätten, Familienberatungsstellen, umfassende Analysen der freiwilligen Sozialhilfe, die Förderung von Alters- und Behinderten-Wohngemeinschaften und die sachgerechte Besetzung der sozialen Dienste als wichtige Schritte in seiner Gemeinde nannte, ist die Schaffung neuer Strukturen im Sozialwesen eine dringende Notwendigkeit.

Mit Blick auf das Jubiläum der Konferenz gestaltete Präsidentin Annelies Zingg ihren ersten Jahresbericht zu einem eigentlichen Abriss über die an die Fürsorge gestellten Aufgaben. Sie leitete ihre Ausführungen mit der Feststellung ein, dass durch die flaue Wirtschaftslage, die hohen Zinsen und die zahlreichen Scheidungen die Arbeitsflut auf den Fürsorgeämtern stark angestiegen sei. Etliche Behörden zeigten sich erschrocken von den drastisch ansteigenden Zahlen, doch trotzdem dürfe nicht ausser acht gelassen werden, dass sich hinter diesen Zahlen bei den Betroffenen manches Leid verberge, und bei den Sozialdiensten deshalb viel geleistet werden müsse. Letztere seien jedoch zunehmend am Anschlag mit all den gestellten Aufgaben, meinte Zingg und rief die anwesenden Präsidentinnen und Präsidenten auf, Arbeitsbelastung und Entlöhnung der Fürsorgerinnen und Fürsorger zu überprüfen.

Im Zusammenhang mit dem Asylwesen stellte Zingg fest, dass das vergangene Jahr geprägt gewesen sei von einem starken Zustrom von Asylsuchenden.

Momentan erlebe das Asylwesen zwar eine gewisse Beruhigung, doch sei ungewiss, ob man eine Ruhe vor dem Sturm erlebe. Der Wohnraum dürfe längerfristig nicht mehr mit Asylbewerbern belegt werden, vielmehr sollten diese Leute in Gemeinschaftszentren untergebracht werden. Ferner wäre es laut Meinung der Präsidentin ratsam, anstelle von Geld die Asylbewerber zu bilden und sie zum Aufbau ihrer Herkunftsländer zu motivieren.

### Veränderte Bevölkerungsschicht

In den vergangenen zehn Jahren hat die Bevölkerungszahl in städtischen Agglomerationen um 3,3 Prozent und in ländlichen Gebieten um 11,8 Prozent zugenommen. Dies bedeutet gemäss Zingg, dass schlagartig auch diejenigen Landgemeinden, die früher keinen Zuzug zu verzeichnen hatten, sich einer veränderten Bevölkerungsschicht gegenüber sähen: Geschiedene, Alleinerziehende und Konkubinatspaare, welche sich zu einem Teil in Altliegenschaften einmieteten. Dadurch sind die betroffenen Landgemeinden sozialen Problemen gegenübergestellt, welche sie bis vor kurzen nicht kannten: Inkasso, Bevorschussung, allgemeine Unterstützung und das Bedürfnis nach Kinderbetreuung und Teilzeitstellen.

Als weiteren Problemkreis nannte Zingg die Arbeitslosigkeit von Frauen, welche sich bei Eintritt der Arbeitslosigkeit öfters nicht getrauten, auf dem Arbeitsamt ihre Forderungen zu stellen oder teilweise gar nicht versichert sind. Sie nannte es beschämend, dass Frauen, deren Lohnniveau heute immer noch durchschnittlich tiefer sei als dasjenige der Männer und die den ganzen Monat hindurch arbeiten, letztlich noch die öffentliche Fürsorge um Unterstützung bitten müssten.

### Arbeitslosenfürsorge im Thurgau

Ende März zählte man im Thurgau gemäss den Angaben der Präsidentin 1143 Ganzarbeitslose. Der Ausländeranteil liegt bei 47 Prozent, und zu dieser Zahl müssten noch viele ausgesteuerte Arbeitslose hinzugezählt werden. Seit dem 1. April existiert im Thurgau eine Arbeitslosenfürsorge. Verschiedene Fürsorgeämter sind zum jetzigen Zeitpunkt stark mit der Bevorschussung von Arbeitslosengeldern belastet, was die Klientenzahlen und den damit verbundenen finanziellen Aufwand stark ansteigen lässt. Abschliessend streifte Zingg auch das Drogenproblem, dies mit der Feststellung, dass es traurig sei, dass man im Zusammenhang mit der Schliessung des Platzspitzes zahlreiche Süchtige hin und her schiebe, während die Asylbewerber untergebracht werden müssten. Die Zunahmen für Fürsorgeaufwendungen belaufen sich je nach Gemeinde zwischen 10 und 50 Prozent.

Ein Jubiläums-Rückblick rief in Erinnerung, dass die Gründung der Konferenz der öffentlichen Fürsorge am 7. Oktober 1967 als Folge der Auflösung der Armenpflege im Thurgau erfolgt ist. Während diesem Vierteljahrhundert wirk-

ten Alfred Forster, Bommen; Rolf Bölsterli, Basadingen; und Alfred Küpfer, Sirnach; als umsichtige Präsidenten, bevor Annelies Zingg 1991 als erste Frau das Präsidium übernahm.

Regierungsrat Dr. Philipp Stähelin bezeichnete in seinem Grusswort die Fürsorge und Sozialhilfe als eine gemeinsame Aufgabe von Gemeinden und Kanton. Er sicherte der Idee, regionale Zweckverbände zu gründen, die Unterstützung des Kantons zu. Trotz dieser geplanten Neuerung müsse – so Stähelin – die Fürsorge auch zukünftig von ihrem Ansatz her Aufgabe der einzelnen Gemeinden bleiben. Die beschlossene Drogenhilfe bezeichnete Stähelin als Modell für die gesamte Sozialhilfe im Kanton Thurgau. Wie Stähelin hervorhob, setze die momentan schwierige Finanzlage des Kantons auch Grenzen im Sozialbereich. Trotz einschneidenden Massnahmen sei man aber bemüht, dass von dieser Massnahme nicht die sozial Schwächeren betroffen würden.

### **Reformen sind unumgänglich**

Andrea Ferroni unterstrich, dass die Erfahrungen im Sozialwesen in jüngster Zeit gezeigt hätten, dass die bisherigen Strukturen für die Erfüllung der verschiedenen Aufgaben nicht mehr genügen. Insbesondere kleinere Gemeinden fühlten sich überfordert, dies vorallem im Zusammenhang mit problematischen Klienten-Gruppen wie beispielsweise Dorgenabhängige. Ferroni forderte Reformen und nannte als Ziel der öffentlichen Fürsorge, Menschen durch materielle und finanzielle Hilfe, aber auch durch Beratung und Unterstützung, wieder zur Selbständigkeit hinzuführen. Als Kriterien für die Überprüfung der bestehenden Strukturen seien eine gute Zugänglichkeit für die Ratsuchenden und eine kompetente Beratung.

---

## **VERANSTALTUNGEN**

---

### **Pro Senectute – 75 Jahre für das Alter**

#### **Neun Modelle der Altersarbeit werden im Jubiläumsjahr vorgestellt**

*Pro Senectute, das grösste private, nationale Werk der Altersarbeit, wird im Herbst 75jährig. Im Jubiläumsjahr werden unter dem Titel «Vision 92» neun zukunftsorientierte Modelle der Altersarbeit vorgestellt.*

Eine Schar entschlossener Männer setzte sich 1917 zum Ziel, die grosse materielle Not der «Insassen» damaliger Altersasyle zu lindern und gründete die Schweizerische Stiftung Für das Alter/Pro Senectute. Mit der zunehmenden Verbesserung der sozialen Sicherheit (AHV, Ergänzungsleitungen) konnte sich Pro Senectute neben der finanziellen Unterstützung vermehrt anderen Aufgaben zuwenden.

Gegründet als reines Fürsorgewerk entwickelte sich Pro Senectute zur modernen Fach- und Dienstleistungsinstitution. Heute leistet sie einen wichtigen